

Mehr junge Menschen in der Stadt

ein Gespräch mit Melanie Leonhard

Die FORUM-Redaktion hat mit der neuen Familiensenatorin über ihre Ideen, Aufgaben, Ziele und Schwerpunkte gesprochen, vor allem interessierte uns die Frage, wie Frau Leonhard die Rolle und Bedeutung der offenen Stadteinrichtungen sieht, auch bezogen auf die Integration der geflüchteten jungen Menschen und Familien.

FORUM: Frau Leonhard, herzlichen Glückwunsch zu Ihrer Ernennung. Auch wenn Sie Ihr Amt in schwierigen Zeiten angetreten haben, interessiert uns vor allem: Wo sehen Sie Ihre Schwerpunktsetzungen?

Melanie Leonhard: Ich habe mein Amt in einer Zeit angetreten, in der wegen der hohen Zahl an Flüchtlingen die Herausforderungen extrem hoch sind. Ich glaube aber, dass in diesem Kontext auch die Chance besteht, die Kooperation und die Vernetzung der verschiedenen Säulen der Jugendhilfe weiter voranzutreiben, besonders auch im Zusammenhang von jungen Flüchtlingen und Familien. Das ist ein großes Thema, das sich um Fragen dreht wie „Wie geht es, in Schule zu kommen?“, „Wie geht es, in Ausbildung zu kommen?“ „Wie geht es mit dem Leben im Quartier, dem Sich-Vernetzen in der Nachbarschaft?“. Was ist mit unseren Angeboten für Kinder und Jugendliche im Stadtteil? Und gibt es da nicht Themen, die uns unter dem Stichwort der Entsüßung sowieso schon bewegt haben?

Bei der Integration von jungen Menschen geht es ja nicht nur um Schule und Unterbringung, sondern vor allem um die Frage, wie die jungen Menschen im Quartier ankommen. Das ist der OKJA ja auf den Leib geschneidert – wie sehen Sie die Rolle der Bauspielplätze, Jugendclubs usw.?

Ich glaube, dass es viele unterschiedliche Akteure gibt, die im Quartier einen Beitrag leisten. Wo es sich aufgrund der räumli-

chen Nähe anbot, hat man schon angefangen, sich um die neuen Nachbarn zu kümmern. Zum Teil aus dem Kreis der Mitarbeiter heraus, zum Teil aber auch initiiert von den Jugendlichen. So wurde z.B. ein Angebot aus der Jugendeinrichtung in die Flüchtlingseinrichtung hingebacht. Ich weiß auch von kleineren, zeitlich begrenzten, aber sehr beachtenswerten Aktionen aus der Jugendarbeit heraus, wo die Jugendlichen selbst gesagt haben, lasst uns doch mal was organisieren, und aus der OKJA heraus z.B. im Sommer ein Fußballturnier für die Flüchtlinge nebenan organisiert haben. Insofern kann die offene Arbeit aufgrund ihrer Verwurzelung im Stadtteil mit den jungen Flüchtlingen ganz viel auf die Beine stellen. Das birgt natürlich Herausforderungen und Schwierigkeiten mit etablierten Angebots- und Besucherstrukturen, wo manchmal der Wunsch besteht, dass sich nicht so viel ändern möge.

Die Bezirke setzen zum Teil auf mobile Angebote. Ist es denkbar, die kleinen Einrichtungen, die teilweise mit einer oder anderthalb Stellen arbeiten und zum Teil schon jetzt an ihre Grenzen stoßen, für die anstehende Integrationsleistung zu stärken?

Mobile Angebote sind in Zeiten sinnvoll, in denen fast wöchentlich neue Zentrale Erstaufnahmestellen dazukommen. Das betrifft die Betreuung von Kindern und Jugendlichen, die frisch angekommen sind. Auch wenn klar ist, dass sie nicht monatelang da bleiben werden, muss ja etwas stattfinden, damit sie die Chance haben, so etwas wie Normalität und Freude zu erleben.

Wenn es gezielt um das Thema Flüchtlinge geht und Einrichtungen sich vorstellen können, das als Arbeitsbereich fest mit aufzunehmen und bereit sind, sich zu öffnen und ein bisschen anders zu arbeiten als bisher, sich z.B. von der Vorstellung verabschieden, dass die Jugendlichen zu ihnen kommen müssen, dann kann ich mir sehr gut vorstellen, dass die offene Arbeit da eine Rolle spielt. Aber es muss unabhängig von der Frage, unter welcher Überschrift ich meine Zuwendung bekomme, eine ernsthafte Bereitschaft bestehen, anders zu arbeiten. Es geht darum, niedrigschwellig mit Jugendlichen zu arbeiten, die zum Teil schon in ihren Herkunftsländern unter



Die offene Arbeit kann aufgrund ihrer Verwurzelung im Stadtteil mit den Flüchtlingen viel auf die Beine stellen.

Es muss ein Erfahrungsaufbau in der Flüchtlingsarbeit stattfinden, und das geht nicht nur im Rahmen von Projektarbeit.

prekären Bedingungen gelebt haben und erst wieder lernen müssen, Freude zu empfinden, unbeschwert zu sein und Angebote ohne Misstrauen anzunehmen. Da bin ich aber guter Dinge, da mir viele Einrichtungen signalisieren, dass sie sich das durchaus vorstellen können und wirklich wollen. Die werden es schaffen, ihre Jugendlichen davon zu überzeugen, dass es etwas Gutes ist, wenn sich bei ihnen im Haus etwas verändert. Es gibt auch Ängste, von Mitarbeitern, aber viel mehr noch von der Zielgruppe, die jetzt befürchten, sie müssten nicht nur partiell etwas abgeben, sondern ihr Angebot und ihr Freiraum könnten ihnen verloren gehen. Es ist nicht die Regel, aber es gibt Angebotsstrukturen, die sind personell nicht so toll ausgestattet. Das lag manchmal daran, dass dort eine feste Gruppe von Kindern und Jugendlichen vorhanden war, die überschaubar war. Wenn sie sich jetzt dauerhaft vergrößert, müssen wir gucken, was das mit den Strukturen macht und wo wir strukturell noch etwas dazugeben müssen.

Integration funktioniert ja nicht so, dass durch das Hinzu-kommen einer neuen Gruppe die alte ersetzt wird. Es ist auch eine Kapazitätsfrage, ob die Kollegin oder der Kollege das mit bspw. einer halben Stelle noch wuppen kann. Die Strukturprobleme in der OKJA gibt es schon länger. Können Sie präzisieren, was Sie damit meinen, an der einen oder anderen Stelle sei „noch etwas dazugeben“? Geht das in Richtung einer Projektförderung? Die Situation mit den Flüchtlingen wird sich ja nicht so schnell ändern, die Zahlen sagen, dass von denen, die nach Hamburg kommen, ca. 50 Prozent wohl hierbleiben werden. Da wird es in diesem Kontext darauf ankommen, mehr Kapazitäten vorzuhalten.

Nach unseren Erkenntnissen sind es deutlich weniger, die dauerhaft hierbleiben. Aber unabhängig davon werden wir mehr junge Menschen in der Stadt haben. Wenn wir uns das Thema „Ausbau der Ganztagesbetreuung“ angucken, werden sich bestimmte Entwicklungen auch vor dem Hintergrund der Flüchtlingszahlen nicht zurückentwickeln. Trotzdem ist es so, dass wenn sich der Anteil der jungen Menschen in bestimmten Stadtteilen stark erhöht, wir darauf reagieren müssen. Da kann die Finanzierung eines Projektes ein Anfang sein. Denn wir wissen: Wenn die Kinder und Jugendlichen jetzt zwi-



schen zehn und elf sind, werden wir in den nächsten Jahren im Bereich der OKJA Zuwächse haben. Also müssen wir uns Gedanken machen, wie wir die Arbeit stärken. Das kann nicht über eine allgemeine Erhöhung des Ansatzes der Kinder- und Jugendarbeit geschehen, weil nicht alle Bereiche der Stadt in gleicher Weise betroffen sind. Wir müssen schauen, wo es echt nötig ist, und da geht es dann auch um Personal. Es muss auch ein Erfahrungsaufbau in der Flüchtlingsarbeit stattfinden, und das geht nicht nur im Rahmen von Projektarbeit. Das haben wir mit der sogenannten Flüchtlingsdrucksache berücksichtigt, da war die OKJA einer der Bereiche, für die mehr Mittel reservieren. Meine Vorstellung ist, dass wir bei diesem Thema die fördern, die richtig zu tun haben, und das erreichen wir nicht über Rahmenzuweisungen der Bezirke.

Durch die nicht refinanzierten Tarifierhöhungsmittel ist ein weiterer versteckter Abbau um fast zehn Prozent erfolgt, trotz steigender Besucherzahlen. Das ist ein drängendes Problem. Eine infrastrukturell gesicherte, stabile Situation würde sicher vermehrt dazu führen, dass Einrichtungen sich noch stärker für Flüchtlinge engagieren. Darüber müsste sich eine Senatorin Gedanken machen.

Da haben Sie Recht, das mache ich auch. Wir haben in der OKJA nach wie vor Einrichtungen, die ziemlich gut ausgestattet sind, denen fehlt durch die demografische Entwicklung aber das Klientel, da hat sich noch keine strukturelle Entwicklung eingestellt und wir haben dieses unglaubliche Herausforderungsungleichgewicht in anderen Teilen der Stadt. Es gibt Einrichtungen, die sich nach der Decke strecken und noch und nöcher Angebote machen könnten. Die Flüchtlinge haben nun dazu geführt, dass die, die ohnehin schon viel zu tun hatten, jetzt noch mehr zu tun haben. Mein Ziel ist, diese zu stärken, auch über strukturelle Maßnahmen über das Projekt hinaus.

Man muss in diesen Tagen dankbar sein, dass in den letzten Jahren bestimmte Strukturveränderungen schon angeschoben worden sind und deswegen vor allem in den offenen Einrichtungen eine hohe Veränderungsbereitschaft vorhanden ist. Da haben einige ganz früh angefangen zu überlegen, was man für die neuen Nachbarn im Stadtteil tun kann und Unglaubliches geleistet. Mir ist das Beispiel einer Einrichtung vor Augen, deren Mittagstischangebot nicht mehr so gut besucht war und die dann entschieden hat, das zu lassen, und täglich zwei Stunden in der benachbarten ZEA Angebote gemacht hat.

Die BASFI hat, noch bevor ich Senatorin wurde, Geld zur Verfügung gestellt, um Tarifsteigerungen auszugleichen. Es

ist die Aufgabe der Bezirke, mit ihren Trägern zu besprechen, bei wem wird es eng, wer hat Refinanzierungsmöglichkeiten und wer hat keine. Mein Eindruck ist, das funktioniert noch nicht immer gut. Es ist auch so, dass wer davon profitiert, nicht unbedingt widerspiegelt, wer welche Arbeit vor Ort mit welchem Aufwand leistet. Sondern eher, wer die Strukturen hat, um traditionell solche Tarifverstärkungsmittel zu bekommen. Ich finde, man muss bei diesen Klein- und Kleinstangeboten immer die Frage stellen: „Macht dieser Strukturansatz an dieser Stelle Sinn und ist eine Einrichtungszusammenlegung auch mal denkbar?“ Das geht nicht an jeder Stelle und hängt auch mit der geografischen Struktur zusammen, aber da sind wir noch nicht am Ende der Überlegungen angekommen. Die Tarifverstärkungsmittel können keine Jugendhilfeplanung vor Ort ersetzen.

Noch eine letzte Frage zum Bereich sozialräumliche Hilfen: Wie geht es da weiter?

Wir müssen bald dazu kommen, bei den Einrichtungen und Projekten, die sich dafür geöffnet haben, auszuwerten, was es

für Auswirkungen dies gehabt hat – für die Arbeit und vor allem auf das Quartier. Das Ganze ist seit 2012 in der Welt und es ist jetzt eigentlich ein guter Zeitpunkt dafür. Meine Vorstellung ist, dass wir im Lauf des nächsten Jahres in Abstimmung mit den Fachleuten damit anfangen.

Wir danken Ihnen für das Gespräch.

Das Gespräch führten Dieter Bänisch und Joachim Gerbing.



Dr. Melanie Leonhard

hat in den Fächern Sozial- und Wirtschaftsgeschichte promoviert und ist seit Oktober 2015 Präses der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration.

Religiöse Radikalisierung – ist vorher umkehren möglich?

Unterstützung für Jugendliche und Fachkräfte

von *Martina Gehrken*

Durchgeführt werden die Workshops von speziell ausgebildeten jungen Teamern und Teamerinnen, häufig mit eigener Migrationserfahrung.

Der Berliner Verein ufuq.de bietet Workshops für Jugendliche in Hamburger OKJA-Einrichtungen an, die dazu beitragen sollen, eine Radikalisierung hin zum Salafismus zu verhindern. Sie setzen sich unter dem Titel „Wie wollen wir leben“ mit verschiedenen politischen und religiösen Fragen im Zusammenhang mit dem Islam und mit kulturellen und demokratischen Werten auseinander. Durchgeführt werden die Workshops von speziell ausgebildeten jungen Teamern und Teamerinnen, häufig mit eigener Migrationserfahrung. In der Regel gibt es drei bis fünf Treffen sowie eine Eingangsberatung für die Fachkräfte.

Einrichtungen in Mümmelmannsberg, Wilhelmsburg, Altona, Osdorf, Lurup und Barmbek haben bereits entsprechende Treffen durchgeführt. Es hat sich als äußerst hilfreich erwiesen, wenn diese Workshops gemeinsam mit der kooperierenden Schule – möglichst klassenweise – durchgeführt werden.

Weitere Information zu den Inhalten sind auf www.ufuq.de zu finden. Die „Buchung“ der Workshops läuft über die zuständigen KJLer in der Bezirksverwaltung. Die Kosten werden vollständig von der BASFI getragen.

Die BASFI hat eine Webseite für Fachkräfte mit vielfältigen Informationen und Links geschaffen (www.hamburg.de/infos-fuer-fachkraefte/4464128/salafismus-radikalisierung). Seit Juli 2015 gibt es darüber hinaus die Hamburger Beratungsstelle *Legato*, die auch Fachkräfte berät, Informationen dazu gibt es ebenfalls auf der Webseite. Für Februar 2016 plant diese Beratungsstelle eine zweitägige Fachtagung. Außerdem wird zur Präventionsarbeit erneut das Fortbildungsseminar „Junge Muslime zwischen Islam und Islamismus“ des sozialpädagogischen Fortbildungszentrums am 14./15. März 2016 durchgeführt, und erstmalig am 22./23. März 2016 das Seminar „Weltanschauliche und kulturelle Vielfalt in der Kinder- und Jugendarbeit gestalten“.

Martina Gehrken

ist Referentin für Kinder- und Jugendpolitik in der Hamburger Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration.